

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 29

Von 15.Juli bis 21.Juli 2024

Freizeitwohnsitze: Geisler will Strafen anheben

Die Tiroler Freiheitlichen sind unzufrieden mit der Finanzpolitik des Landes. An das von Finanzreferent und Landeshauptmann **Anton Mattle** (VP) ausgegebene Ziel, ab 2026 wieder ausgeglichen zu bilanzieren, glaube in der größten Oppositionspartei FPÖ niemand, sagt FPÖ-Landtagsabgeordneter **Daniel Marschik**. „Dass die Regierung bereits jetzt die falschen Entscheidungen trifft, ist bekannt und kostet den Steuerzahler Unsummen.“ Der freiheitliche Finanzsprecher verweist auf den geplanten MCI-Neubau mit 250 Millionen Euro, den aus seiner Sicht überdimensionierten Umbau des Ferdinandeums für 60 Millionen Euro oder auf



Geisler kann sich eine Verdoppelung der Höchststrafen bei Umgehungen des Freizeitwohnsitzverbots durchaus vorstellen.

Foto: Falk

das „Missmanagement“ in der Flüchtlingspolitik.

Wer eine Immobilie als Freizeitwohnsitz nützt, soll künftig höhere Strafen bezahlen.

Bekanntlich schlägt der Verfassungsdienst des Landes eine Verdoppelung der Höchststrafen von 40.000 auf 80.000 Euro vor. Gegen Mindeststrafen, wie sie von der Liste Fritz gefor-

dert werden, hegen die Juristen des Landes hingegen massive Bedenken. Wird jetzt eine Erhöhung erfolgen? Der zuständige Landeshauptmannstellvertreter und Raumordnungsreferent **Josef Geisler** (ÖVP) spricht sich jedenfalls dafür aus. „Weil wir seit 20 Jahren die Strahöhe nicht angepasst haben.“ Ob es 60.000 oder letztlich 80.000 Euro werden – darauf will sich Geisler noch nicht festlegen.

Der neue ÖVP-Landeschäftsführer **Florian Klotz** erhält jetzt auch eine neue Stellvertreterin. Margreth Falkner kandidiert schließlich für den Nationalrat, ihre Funktion wird die Absamerin **Theresa Menghin** übernehmen. (pn)

Beim Antrieb scheiden sich die Geister

Bei der ersten Sitzung des neuen Europaparlaments wurden gestern **Sophia Kircher** (ÖVP) und **Gerald Hauser** (FPÖ) offiziell angelobt. „Ich werde vehement auf die Sonderstellung Tirols beim Transit-Thema hinweisen und einfordern, dass sie dementsprechend berücksichtigt wird. Bei den brennenden Themen braucht es endlich mehr Mut zu einem echten Europa der Regionen. Dasselbe gilt beim Thema Problemwolf“, kündigt Kircher an.

Einmal mehr fordert die Liste Fritz eine Rechnungshofprüfung bei der Zillertalbahn, bevor die Landesregierung Tiroler Steuer-geld zuschießt. „Unter der



Sophia Kircher mit EVP-Chef Manfred Weber.

Foto: ÖVP

Ägide von Aufsichtsratschef **Franz Hörl** ist die Luftblase vom Wasserstoffzug aufgeblasen worden, obwohl die Molinari-Studie schon 2017 wissenschaftlich fundiert belegt hat, dass Wasserstoff die am wenigsten geeignete Antriebsart für die Zillertalbahn ist“, sagt Klubchef **Markus Sint**. Er

forciert weiterhin als beste Antriebsart für die Zillertalbahn die Oberleitung, die Umrüstung der Schmalspurbahn auf Normalspur sei eine Jahrhundertchance für das Zillertal und ordentlich zu prüfen. Die Kosten für eine Umspurung wären laut Land jedoch enorm und würden mindestens 340 Mio. Euro betragen.

Völlig „pauschal und dennoch komplett an jedem Ziel vorbei“: So reagiert SPÖ-Klubobfrau **Elisabeth Fleischanderl** auf die FPÖ-Kritik an der Bewältigung von aktuellen Herausforderungen wie dem MCI-Neubau. „Wie die Landesregierung beim MCI vorgeht, verkehrt den jüngsten

Ansatzversuch der FPÖ ins Gegenteil.“ Weil eben nicht einfach Unsummen verschleudert würden. Und die Kritik am Flüchtlingswesen geht für Fleischanderl angesichts der positiven Entwicklung bei der Flüchtlingsgesellschaft TSD völlig ins Leere. (pn)



Sint fordert erneut Normalspur bei der Zillertalbahn.

Foto: Böhm

Liste Fritz fordert Prüfung durch RH

In der Debatte um die Zillertalbahn – die „Tiroler Krone“ berichtete mehrmals darüber – meldet sich Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, zu Wort. „Es ist ein starkes Stück und besonders frech, wenn ausgerechnet der Aufsichtsratsvorsitzende und ÖVP-Talkaiser Franz Hörl zu einem Rundumschlag ausholt und alle anderen beschuldigt, für die jahrelangen Verzögerungen und Versäumnisse bei der Neuaufstellung der Zillertalbahn schuld zu sein“, meint der Politiker und zählt gleich mehrere Versäumnisse von Hörl auf. Die Liste Fritz sieht eine Oberleitung als die beste Antriebsart für die Zillertalbahn an. Die Umrüstung von Schmalspur auf Normalspur sei eine Jahrhundertchance, die man „ordentlich prüfen“ müsse. Abschließend fordert Sint „nach all den Missständen eine Prüfung durch den Rechnungshof in Wien“. ms

Platter wird Aufsichtsratschef bei der WE

Alt-Landeshauptmann **Günther Platter** (ÖVP) frönt immer mehr dem Unruhestand. Nachdem er jüngst Aufsichtsratsvorsitzender der Venetbahn geworden ist, die von der Pletzer-Gruppe übernommen wurde, steht er jetzt vor seinem nächsten Engagement. Denn Platter, der sich im Oktober 2022 von der Landesspitze verabschiedet hat, soll Aufsichtsratschef der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft WE werden. Dort ist sein ehemaliger Finanzlandesrat **Christian Switak** Geschäftsführer. Doch nicht nur das: Schließlich fungiert Platter auch noch als Präsident des Innsbrucker Alpenzoos.

Seit gestern ist es offiziell: Der **Verein für Kon-**



Im Oktober 2022 verabschiedete sich Platter als Landeshauptmann, jetzt ist er Chef von diversen Aufsichtsräten.

Foto: APA/Groder

sumenteninformation VKI und die Betreiber des **Freizeittickets** haben sich am Donnerstag offiziell darauf geeinigt, die vom VKI beim Landesgericht Innsbruck eingereichte Klage gegen die Wohnsitzklausel vor-

erst ruhend zu stellen. Der VKI hatte kritisiert, dass nur Personen mit Wohnsitz in Tirol, Studierende bis 27 und in Tirol beschäftigte Arbeitnehmer das preisgünstige Freizeitticket für Skilifte und andere Freizeit-

einrichtungen erwerben können. Der VKI spricht von Diskriminierung. In den nächsten Wochen soll über eine gemeinsame Lösung verhandelt werden.

Für den Klubchef der Liste Fritz **Markus Sint** gilt: Es kommt, wie es kommen musste. „Egal, ob schwarz-grüne oder schwarz-rote Landesregierung. Sie lernen nichts aus früheren Fehlern, sondern machen aus Fehlern ein System. Diese ständigen Kostenexplosionen gehen zu Lasten und zum Schaden der Steuerzahler in Tirol.“ Wo Steuergeld drinnen stecke, müssen Transparenz, Kontrolle und Verantwortung gegeben sein. „Alles andere ist der Bevölkerung nicht zumutbar“, betont Sint. (pn)

Breite Front gegen Aus der Wohnstube

Wörgl – Die mögliche Schließung der Wohnstube im Wörgler Seniorenheim stößt auf breite Ablehnung in der Politik. Wie berichtet, droht der Tagesbetreuung für psychiatrisch auffällige BewohnerInnen nach 13 Jahren das Aus.

Für SP-Landtagsabgeordneten Stadtrat Christian Kovacevic und die Liste Hedi Wechner ist das undenkbar. „Scheinbar fehlt hier jegliches Gespür für die Bedürfnisse der KlientInnen.“ Bürgermeister Michael Riedhart (VP/Wörgl bewegen) wirft er vor, „mit seinen politisch und persönlich motivierten Racheaktionen für Unruhe im Haus und Unsicherheit unter der Belegschaft“ zu sorgen.

Der zweite Bürgermeisterstellvertreter Roland Ponholzer (Wir für Wörgl) bezeichnet die Pläne zum Aus als „traurigen Höhepunkt einer Agenda von Klientelwirtschaft“ und „eine Missachtung bürgerlicher Grundwerte“. In die Mangel nimmt er auch Sozial- und Seniorenreferentin Stadträtin Elisabeth Werlberger (Wörgl bewegen), die dies unterstütze. Von der von Riedhart angekündigten Entpolitisierung des Heims sei nichts zu sehen. Stattdessen würden MitarbeiterInnen „ausgehört, überwacht und immer wieder unter Druck gesetzt“.

Gemeinderätin Iris Kahn und die Wörgler Grünen warnen vor einer Auslagerung von Heim-Agenden: „Private Gesellschaften arbeiten nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, aber bei Seniorenheimen muss der Mensch im Mittelpunkt stehen.“

Im Juli-Landtag forderte die Liste Fritz Aufklärung über die Zustände im einstigen Vorzeigebetrieb. „Nach zwei Jahren unter dem neuen Bürgermeister ist kein Stein mehr auf dem anderen geblieben“, kritisiert Landtagsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider. (TT)



Die Wohnstube für Demenzerkrankte im Wörgler Seniorenheim könnte geschlossen werden. Foto: Hrdina

AUFKLÄRUNG GEFORDERT

Misstände um Seniorenheim in Wörgl erhitzen weiter die Gemüter

Nach den bekanntgewordenen Vorwürfen über Misstände rund um das Seniorenheim in Wörgl – die „Krone“ berichtete – fordert Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider Aufklärung von der zuständigen LR Cornelia Hagele (ÖVP) ein. Auch die von BM Michael Riedhart geplante Gründung

einer „Wörgler Soziale Dienste GmbH“ werfe viele Fragen auf. Indes orten Liste-Fritz-Gemeinderätin Gabi Madersbacher und Stadtrat Christian Kovacevic (Liste Hedi Wechner) in der Schließung der Wohnstube eine „politische Intrige“ und einen „Rachefeldzug“ von Riedhart zum Leidwesen der Pflegebedürftigen.

MASSIVE BELASTUNG

Liste Fritz gegen Scharnitz-Deponie

Keinen Bedarf sowie einen völlig falschen Standort für die geplante Deponie sieht die Liste Fritz in Scharnitz. Zudem verursache die Zufahrt mit Lkw schwere Sicherheitsprobleme. „Zu Recht wehren sich Hunderte Bürger und die Gemeindeführung gegen Tausende zusätzliche Lkw-Fahrten, gegen krankmachenden Staub und Lärm“, sagt Markus Sint nach einem Lokalausgang. Die rund 54.000 Kubikmeter große Deponie würde innerhalb von 20 Jahren befüllt werden und rund 10.800 zusätzliche Fahrten bedeuten. „Ein politischer Schildbürgerstreich“, wie Sint erklärt. Da man keinen Bedarf sieht, wolle er sich auf die Seite der Scharnitzer und der Gemeinde stellen. Fast 500.000 Kubikmeter Deponievolumen seien im Umkreis von Scharnitz genehmigt – mehr als 3 Mio. im Bezirk Innsbruck-Land.